



**HUMBOLDT-CLUB SERBIEN**  
ХУМБОЛТОВ КЛУБ СРБИЈЕ  
Београд  
Belgrad

## Inhalt

Holm Sundhausen  
*Serbien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft?*

Rafael Biermann  
*Eine europäische Perspektive für die  
Bundesrepublik Jugoslawien  
im Rahmen des Stabilitätspaktes für  
Südosteuropa*

Oltea Joja  
*Perspektiven der Zusammenarbeit in  
Südosteuropa*

János Wölfling  
*Zur Lage der Forschung in Ungarn  
und zur Tätigkeit des Humboldt-Vereins  
Ungarn*

Ivan Gutman  
*Wissenschaftliche Zusammenarbeit in  
Südosteuropa*

Unter dem Motto "Perspektiven der Zusammenarbeit in Südosteuropa" fand vom 15. bis 17. Dezember 2000 in Belgrad ein Treffen aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung des Humboldt-Clubs Serbien statt.

Unseren Mitgliedern, Herrn Djordje S. Kostić und Jovan A. Jovanović ist es gelungen, fünf Vortragende für einen Beitrag im Sonderheft der Mitteilungen des Humboldt-Clubs Serbien zu gewinnen und diese Beiträge entsprechend vorzubereiten.

Sowohl den Autoren als auch den beiden Herausgebern sei an dieser Stelle für ihre Kooperation und Mühe recht herzlich gedankt.

# PERSPEKTIVEN DER ZUSAMMENARBEIT IN SÜDOSTEUROPA

Treffen aus Anlaß des 10.  
Jahrestages der Gründung des  
Humboldt-Clubs Serbien  
Belgrad, 15-17. Dezember 2000

Herausgegeben von

**Djordje S. Kostić**  
**Jovan A. Jovanović**

**Belgrad**  
**2001**



## Holm Sundhaussen

### Serbien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft?

Gut zwei Jahren ist es her, dass ich Belgrad zum letzten Mal besucht habe. Damals (Ende 1998) wie heute war der Anlaß ein Treffen der Humboldtianer. Viele von Ihnen werden sich an die Zusammenkunft noch erinnern. Die Situation war gespannt; die Stimmung gedrückt. Einige Monate zuvor war das neue serbische Universitätsgesetz in Kraft getreten. Von dessen repressiven Bestimmungen waren auch Mitglieder des Humboldt-Clubs betroffen. Und weitere politische Entlassungen an den Universitäten standen zu befürchten. Von Autonomie und Selbstverantwortung der Wissenschaft, von Freiheit der Forschung konnte keine Rede sein. Viele hoch qualifizierte Wissenschaftler hatten das Land während der vorangegangenen Jahre schon verlassen. Und diejenigen, die geblieben waren, sahen sich in der Ausübung ihrer Lehr- und Forschungsaufgaben zunehmend bedrängt. Die Frage, wie man auf das Hochschulgesetz und die Entlassung politisch unliebsamer Professoren reagieren solle oder müsse, drohte den Humboldt-Club zu spalten.

Heute - nach den jugoslawischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 24. September und nach dem Wechsel im Amt des Staatspräsidenten - stellt sich die Situation

grundlegend anders dar. Die Stimmung ist umgeschlagen: Es gibt wieder Luft zum Atmen, wieder Hoffnungen, Erwartungen, Initiativen. Seit Anfang Oktober ist Bewegung in die Innen- und Außenpolitik gekommen. Die internationalen Sanktionen gegen Serbien werden aufgehoben, und die jahrelange politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Isolation wird Schritt für Schritt abgebaut. Serbien steht vor einer Wende. Zumindest steht es vor der Möglichkeit einer Wende. Die Bedeutung der Ereignisse von Ende September/Anfang Oktober 2000 wird man erst in Zukunft einordnen können. War es eine Revolution? Der Beginn eines Systemwechsels? Eine Stunde Null? Oder nur ein Wechsel der politischen Verantwortung, ein Austausch der Eliten? Das ist noch ungeklärt. Die Wahlen vom 24. September stellten zunächst und in erster Linie eine Entscheidung *gegen* Milosevic dar. Ob sie auch eine Entscheidung *für* Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat waren, bleibt abzuwarten. Niemand vermag dies im Augenblick zu entscheiden.

Doch die Möglichkeit einer Wende ist in greifbare Nähe gerückt, auch wenn die Wende selbst noch in weiter Ferne liegt. Keine der heute in Serbien lebenden Generationen hat je an einer funktionierenden Demokratie teilgehabt. Der Parlamentarismus mit allen seinen Defekten ist Ende der 20er Jahre gescheitert. Lediglich die heute 90-100jährigen waren damals bereits erwachsen. Alle anderen, die während oder nach den 20er Jahren geboren sind, haben keine praktische Erfahrung mit demokratischen Systemen sammeln können. In den letzten sieben Jahrzehnten lösten sich Diktaturen, autoritäre Regime und Kriege ab. Die von Alexander Karadjordjevic Anfang 1929 proklamierte Königsdiktatur wurde nach seiner Ermordung 1934 in Form scheinparlamentarischer, autoritärer Regime fortgesetzt. Mit dem Überfall Deutschlands auf Jugoslawien im April 1941 begann die Zeit der Schrecken und Massenverbrechen. Ihnen folgte die Etablierung des kommunistischen Regimes, das schließlich - nach gut vierzigjähriger Dauer - in die spätsozialistische Herrschaft Milosevics

einmündete. Das sind sieben Jahrzehnte, die von Repression, Terror, Haß und traumatischen Erlebnissen, aber auch von gesellschaftlichen Umbrüchen, großen Experimenten und zeitweilig wachsendem Wohlstand, von Hoffnungen und Enttäuschungen geprägt wurden. Doch alle Auf- und Abwärtsbewegungen der Gesellschaft blieben verbunden mit der politischen Entmündigung der Bürger, ihrer geistigen Reglementierung und mit der Tabuisierung all dessen, was im Widerspruch zu den jeweiligen Gründungsmythen und politischen Legitimationsmustern stand. Das war im ersten Jugoslawien nicht anders als im zweiten oder dritten Jugoslawien. Über alle politischen, kriegerischen und gesellschaftlichen Brüche und Diskontinuitäten hinweg erwies sich die Abwesenheit von Demokratie und Pluralismus als verbindendes Kontinuum.

Demokratie fällt weder vom Himmel noch steigt sie aus der Asche. Sie muß erlernt, eingeübt und permanent verteidigt werden. Demokratie ist ein Prozeß. Und in der bisherigen Geschichte gibt es kein einziges Beispiel dafür, dass Demokratie in einer komplexen Gesellschaft über Nacht erfolgreich implementiert worden wäre. (Ich rede nicht von Demokratie auf Dorfebene oder von Demokratie in einer vormodernen, wenig ausdifferenzierten Gemeinschaft, sondern ich spreche von Demokratie in einer hochgradig arbeitsteiligen und komplexen Gesellschaft.) Moderne Demokratie erschöpft sich nicht in der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Sie impliziert eine pluralistische, offene Gesellschaft und setzt voraus, dass Pluralismus und Interessenunterschiede akzeptiert werden, dass alle Staatsbürger ein Recht auf Partizipation haben und dass Minderheiten respektiert und geschützt sind. Diese Form von Demokratie hat es in Serbien nie gegeben; sie wäre ein Novum. Mit zehn Jahren Rückstand gegenüber anderen postsozialistischen Ländern steht Serbien vor einem schwierigen Transformationsprozeß. Nach allem, was wir aus anderen Staaten Osteuropas wissen, wird dieser Prozeß von Krisen und Rückschlägen begleitet sein. Und er wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Die

Gefahren und Entbehrungen, die Verzweiflungen und Enttäuschungen sind hinreichend bekannt. Massenarbeitslosigkeit, soziale Disproportionen, Verarmung der öffentlichen Haushalte, politische Instabilität, Orientierungslosigkeit der Bevölkerung und aufkeimende Nostalgie sind in nahezu allen Transformationsländern in der einen oder anderen Form eingetreten. Ein Rezept zur Vermeidung dieser Konvulsionen existiert bislang nicht. Weltweit haben sich einzelne Forscher oder Forschergruppen seit Anfang der 90er Jahre mit den Problemen der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Transformation beschäftigt. Aber von einer Transformationstheorie sind sie weit entfernt.

Die kognitiven und kulturellen bzw. soziokulturellen Voraussetzungen und Implikationen eines Systemwechsels sind weitgehend unerforscht. Die kulturelle Wende gehört nicht zu den bevorzugten Untersuchungsgegenständen der Transformations- oder Transitionsforschung. Dieses Defizit erklärt auch zum Teil den Mißerfolg bei der Entwicklung einer Transformationstheorie. Wenn Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft soziokulturelle Entwicklungsprojekte sind (und ich gehe davon aus, dass dies der Fall ist), dann lassen sich die Umstrukturierungsprobleme nicht mit dem herkömmlichen politikwissenschaftlichen, makroökonomischen und rechtswissenschaftlichen Analyse-Instrumenten hinreichend analysieren. Die Perspektive muss sich öffnen auf soziokulturelle "Substrate", auf Wertesysteme, Wahrnehmungsmuster und Wahrnehmungsblockaden. Mit anderen Worten: der "cultural turn" in den Humanwissenschaften muss Eingang in die Transformationsforschung finden. Das gilt im übrigen nicht nur für die Forschung, sondern auch für die gesellschaftliche Praxis. Es reicht eben nicht (um wieder auf Serbien zurückzukommen), die politischen Spielregeln und die Verfassung zu ändern, freie und faire Wahlen durchzuführen oder in den internationalen Organisationen mitzuarbeiten. Es müssen darüber hinaus die soziokulturellen Barrieren abgebaut werden, die einer

erfolgreichen Transformation im Wege stehen. Natürlich ist es wichtig, dass die politische und wirtschaftliche Isolation des Landes seitens der internationalen Gemeinschaft aufgehoben wird. Aber ebenso wichtig (vielleicht noch wichtiger) ist, dass die geistige Selbstisolation in Serbien überwunden wird. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich die Öffentlichkeit und haben sich große Teile der Gesellschaft in Serbien (wie in anderen Teilen des früheren Jugoslawien) Schritt für Schritt kulturell und argumentativ isoliert. Es war eine Selbstisolation. Sie kam nicht von außen, sondern wuchs von innen. Sie war das Resultat einer epistemologischen Verengung. Gesellschaftlich wahrgenommen wurde noch das, was dem eigenen "kulturellen Code", den Selbst- und Feindbildern, dem "kollektiven Gedächtnis" und Mythen entsprach. Alles was nicht in diesen Code paßte, fiel durch den WahrnehmungsfILTER hindurch, unabhängig davon, ob eine Information richtig oder falsch war. Es zählte nur noch, ob sie mit dem kulturellen Raster kompatibel war oder nicht.

Das sog. "Memorandum" der Serbischen Akademie der Wissenschaften von 1986 erweist sich als Schlüsseldokument dieser fortschreitenden "epistemologischen Katastrophe". Und zugleich als ein anti-aufklärerisches Manifest par excellence. Dabei geht es nicht um Formalitäten. Es ist in diesem Kontext völlig unerheblich, dass das "Memorandum" nur einen Entwurf darstellte, der nie als offizielles Dokument der Akademie verabschiedet wurde. Entscheidend ist, dass sich die Akademie nie davon distanzierte und dass der Text die von großen Teilen der geistigen und kulturellen Elite entwickelten Wahrnehmungen nur reproduzierte. Das "Memorandum" enthielt viele richtige Feststellungen, vor allem in seinem ersten Teil, in dem die "Krise der jugoslawischen Wirtschaft und Gesellschaft" behandelt wurde. Zu Recht konstatierten die Autoren eine umfassende politische, wirtschaftliche und moralische Krise in allen Bereichen von Gesellschaft und Staat. Die jugoslawische Wirklichkeit, insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung, das Selbstverwaltungssystem, die

weitgehende Dezentralisierung der Föderation, die Aufspaltung der jugoslawischen Wirtschaft in acht Subökonomien, der Trend zur Eigenstaatlichkeit bei Republiken und Provinzen und die Politik des BdKJ wurden einer schonungslosen Kritik unterzogen. Das politische System Jugoslawiens sei widersprüchlich, dysfunktional und teuer. Es sei weder rational noch modern. Die gesellschaftliche Ordnung des Landes befinde sich "offenbar im Zustand der Paralyse".

Wer wollte diesen Behauptungen widersprechen? Die Diagnose war im großen und ganzen richtig. Über Details und Fragen der Gewichtung konnte man streiten, doch die Ernsthaftigkeit der Lage stand außer Frage. Aber wo lagen die Ursachen? Und wer trug die politische Verantwortung für die Fehlentwicklung? Darauf gab der zweite Teil des "Memorandums" eine Antwort. Er befaßte sich mit der "Lage Serbiens und des serbischen Volkes" und bildete den ideologischen Kern dessen, was in den folgenden Jahren als "serbisches Nationalprogramm" verstanden wurde. Schon im ersten Absatz wurden die langjährige Vernachlässigung der serbischen Wirtschaft, die ungeklärten staatlichen Beziehungen Serbiens zur Föderation und zu den autonomen Provinzen sowie der "Genozid" am serbischen Volk in Kosovo-Metohija als jene drei Schlüsselfragen herausgestellt, die nicht nur das serbische Volk, sondern auch die Stabilität ganz Jugoslawiens gefährdeten. Den Grund für die behauptete wirtschaftliche und politische Diskriminierung ihrer Republik sahen die Verfasser des "Memorandums" in einer jahrzehntelangen Verschwörung Kroatiens und Sloweniens gegen Serbien. In düstersten Farben wurden die Serbophobie und der antiserbische Chauvinismus, die Diskriminierung des serbischen Volkes in Jugoslawien, seine politische, ökonomische und kulturelle Verarmung geschildert.

Fakten, Behauptungen und Wertungen gingen ungeprüft ineinander über. Das Problem bestand nicht (oder nicht allein) darin, was im "Memorandum" gesagt, sondern auch (und vor allem) darin, wie es gesagt wurde und (noch

wichtiger) was nicht gesagt, was verschwiegen wurde. Nicht die Wahrheit oder Unwahrheit einzelner Behauptungen stempeln das "Memorandum" zum Schlüsseldokument einer antiaufklärerischen Position, sondern die Einseitigkeit der Argumentation, der Mangel an Empathie und ein ins Extrem gesteigerter nationaler Autismus. Die Prämissen und Wahrnehmungsfilter der Argumentation wurden an keiner Stelle hinterfragt. Es gibt keine Spur von Selbstreflexivität, keine Bereitschaft, die eigene Position zu problematisieren, - von Selbstkritik ganz zu schweigen. Kein Wort über mögliche Versäumnisse und Fehler der serbischen Politik in Kosovo, kein Wort über die Kontingenz "historischer Rechte", kein Wort über die Lage anderer Nationen in Jugoslawien, stattdessen nur ein stupender Ethnozentrismus. Die Semantik vom "Genozid" und vom "totalen Krieg" in Kosovo, die These von einer antiserbischen Verschwörung, die Behauptung, dass nur die Serben keinen Nationalstaat besäßen, die ständig wiederholten Klagen über Serbophobie und die Beschwörung von Bedrohungsängsten auf der einen sowie die unverhohlene Aufforderung an die Politiker Serbiens, ihre bisherige "Passivität" aufzugeben, auf der anderen Seite, legten das ideologische Fundament für den grundlegenden Wandel der serbischen Politik und des öffentlichen Diskurses in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Milosevic war nur der Profiteur dieser geistig-kulturellen Befindlichkeit, nicht ihr Erfinder. Die Verfasser des "Memorandums" griffen die in Teilen der Gesellschaft kursierenden, oft diffusen Stereotypen und Feindbilder auf, bündelten sie und verliehen ihnen eine pseudowissenschaftlichen Grundlage. Das war das Gegenteil von dem, was Akademiker qua Profession tun sollen: es war ein "Verrat der Intellektuellen", ein Verrat an den Prinzipien der Wissenschaftlichkeit. Und in diesem Sinne stellte sich das "Memorandum" als anti-aufklärerisches Manifest dar.

Zu einem Zeitpunkt, als in einer Reihe anderer (damals noch) sozialistischer Länder das Konzept der Zivilgesellschaft in den Mittel-

punkt der Dissidenten-Diskurse rückte, entschieden sich die Verfasser des "Memorandums" für eine dezidiert entgegengesetzte Position. Nicht die Zivilgesellschaft, sondern ein undifferenzierter, mit Stereotypen befrachteter nationaler Egozentrismus bestimmte ihre partikuläre Rationalität und Argumentation.

Es ist kein Geheimnis, dass die Zivilgesellschaft ein westliches Konzept ist. Ich behaupte nicht, dass es das universal einzig mögliche Konzept für die Zukunft ist. Ich mache aber keinen Hehl daraus, dass ich diesen Gesellschaftsentwurf für erfolgversprechend und zukunftsfruchtig halte. Das liegt vielleicht in erster Linie, aber nicht allein daran, dass ich in einer westlichen Gesellschaft lebe. Es liegt auch nicht allein daran, dass sich die Mehrheit der europäischen Staaten für dieses Modell entschieden hat. Es liegt eben auch daran, dass ein überzeugendes Alternativkonzept fehlt.

Was bedeutet "Zivilgesellschaft"? Der Begriff ist alt und findet sich in vielen Sprachen (als *societas civilis*, *civil society*, *société civile* oder in landesspezifischen Varianten, z.B. als "Bürgergesellschaft" im Deutschen). Das heutige Verständnis von Zivilgesellschaft leitet sich aus den Diskursen der Aufklärung her. "Der Begriff bezog sich auf den damals utopischen Entwurf einer zukünftigen Zivilisation, in der die Menschen als mündige Bürger friedlich zusammenleben würden, - als Privatpersonen in ihren Familien und als Bürger (citizens) in der Öffentlichkeit, selbständig und frei, in Assoziationen kooperierend, unter der Herrschaft des Rechts, aber ohne Gängelung durch den Obrigkeitsstaat, mit Toleranz für kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt, aber ohne allzugroße soziale Ungleichheit, jedenfalls ohne ständische Ungleichheit herkömmlicher Art. Dieser Entwurf war der Wirklichkeit weit voraus und sollte es bleiben." (Jürgen Kocka) Wie viele andere Begriffe, so hat sich auch der Begriff "Zivilgesellschaft" im Laufe der Zeit gewandelt. Zeitweilig war er fast gänzlich aus den öffentlichen Diskursen verschwunden. Im Laufe der 80er Jahre kam es jedoch zur

überraschenden Renaissance eines fast schon vergessenen Begriffs. In Ostmitteleuropa avancierte das Konzept der "Zivilgesellschaft" zum Schlüsselwort der Dissidenten im Kampf gegen Parteidiktatur, Verletzung der Menschenrechte und Entmündigung der Bürger. Wie immer die Rezeptionsgeschichte im einzelnen verlaufen sein mag, - die Dissidenten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei griffen das Erbe des abendländischen liberal-demokratischen Denkens auf und zielten mit der Forderung nach "Zivilgesellschaft" auf den Schutz des Individuums vor dem Staat, auf geistige und wissenschaftliche Freiheit, auf Rechtsstaat und Gewaltenteilung, auf gesellschaftliche Selbstorganisation und Autonomie der Bürger, aber auch auf Solidarität, Moral und Authentizität der Politik. Auf dem Umweg über die Dissidentendebatten in Ostmitteleuropa erhielt der Begriff "Zivilgesellschaft" auch im Westen neuen Glanz. Seine Wiederentdeckung wurde befördert und begünstigt durch die gewaltigen Umstrukturierungsprobleme der westlichen Sozialstaaten im ausgehenden 20. Jh.

Um es noch einmal zu wiederholen: Die Zivilgesellschaft ist ein Entwurf westlichen Denkens und westlicher Utopien. Die Akzeptanz des Konzepts in nicht-westlichen Gesellschaften hängt daher auch und nicht zuletzt von der Einstellung zum "Westen" ab, was immer man unter dem "Westen" verstehen mag. In Osteuropa und im Balkanraum - von Rußland über Rumänien, Bulgarien und Serbien bis nach Griechenland - ist das Verhältnis zum "Abendland" seit Jahrhunderten ambivalent. Dasselbe gilt in umgekehrter Richtung. Neben gesamteuropäischen Gemeinsamkeiten zeigen sich deutliche Unterschiede. Und sie werden als solche auch wahrgenommen, - hier wie dort. Den vorurteilsbeladenen Balkanbildern im Westen stehen die abwehrenden Westbilder im Balkan gegenüber. Maria Todorova hat in ihrer jüngsten Monographie "Imagining the Balkans" die Balkanbilder des "Westens" in all ihrer Fragwürdigkeit und Lächerlichkeit (aber auch in ihrer Gefährlichkeit) dekonstruiert. Ihre Empörung über die Stereotypen ist verständlich

und gerechtfertigt. Nachdenklich stimmt die Eile, mit der Todorovas Arbeit in mehrere Balkansprachen übersetzt wurde. Und nachdenklich stimmt das Fehlen eines spiegelbildlichen Pendants, d.h. einer Untersuchung über die Westbilder im Balkan sowie über die Bilder, die sich die Balkanvölker von ihren jeweiligen Nachbarn geformt haben. Der Anti-Okzidentalismus ist in Teilen der osteuropäischen Gesellschaften tief verankert und hat seit Beginn der Modernisierungsprozesse im 19. Jh. immer wieder heftige Kontroversen ausgelöst. Die Auseinandersetzungen zwischen "Slavophilen" und "Westlern" in Rußland sind hinreichend bekannt. Doch sie waren und sind nicht auf Rußland begrenzt. Sie stehen stellvertretend für viele ähnliche Diskurse in den Gesellschaften des Balkanraums seit der Befreiung vom "türkischen Joch" bzw. seit Beginn der viel zitierten "Rückkehr nach Europa". Unter den Anti-Westlern finden sich neben Vertretern der orthodoxen Kirchen (für Serbien seien stellvertretend Justin Popovic, Nikola Velimirovic und ihre Nachfolger genannt) auch Repräsentanten der säkularisierten Eliten (d.h. Vertreter der "nationalen Intelligenz") und große Teile der Bevölkerung. Ich will die historischen Hintergründe der Ost-West-Distanz jetzt nicht erörtern. Und ich bestreite nicht, dass es viele und gute Gründe für diese Vorbehalte gibt. Aber gerade weil die Kritik am "Westen" in vielen Punkten berechtigt ist, muss sich jede Gesellschaft Klarheit darüber verschaffen, ob sie ein im Westen entwickeltes Konzept akzeptieren kann und will.

Zivilgesellschaft ist kein Zustand, sondern ein Projekt, ein Entwurf für die Zukunft. Mag sein, dass das Ziel selbst nie erreicht wird (auch westliche Gesellschaften haben es bislang nicht erreicht), aber es gibt die Richtung vor. Es fungiert als Fixpunkt, an dem sich die Gesellschaft orientiert. Und in Zeiten des Umbruchs sind solche Orientierungspunkte unverzichtbar. Eine erfolgreiche Transformation kommt ohne entsprechende soziokulturelle Vision nicht aus. Unklar ist, woher diese Vision kommen soll und

wie sie Eingang in die Orientierungsmuster einer Gesellschaft findet.

Gestatten Sie mir einen kurzen Blick auf die jüngere deutsche Geschichte. Die Situation der deutschen Gesellschaft von 1945 und die der serbischen Gesellschaft von heute ist in vieler Hinsicht grundverschieden. Es liegt mir fern, eine Gleichstellung vorzunehmen. Aber in beiden Fällen ging bzw. geht es darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen. In Nachkriegsdeutschland haben viele Faktoren zu dieser Weichenstellung beigetragen. Sie können hier nicht im einzelnen aufgezählt werden, aber drei Faktoren sollen kurz erwähnt werden: 1. die Erfahrung der totalen militärischen Niederlage, 2. die Tatsache, dass der größere Teil Deutschlands von Staaten besetzt war, die sich dem Konzept der Demokratie verpflichtet fühlten, und 3. die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Diese drei Faktoren haben (nicht allein, aber doch wesentlich) zur Demokratisierung der alten Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Wir wissen nicht, wie die Entwicklung ohne sie verlaufen wäre. Ein gewisses Maß an Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass der Umgestaltungsprozess ohne die drei genannten Determinanten schleppender verlaufen, vielleicht sogar gescheitert wäre.

Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, dass drei - normalerweise negativ besetzte - Ereignisse (wie Niederlage, Okkupation, ausländische Militärtribunale) den Weg zu Demokratisierung und Zivilgesellschaft geebnet haben sollen. Dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass sie für die soziokulturelle Umorientierung der Deutschen von herausragender Bedeutung waren. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich nach dem Zweiten Weltkrieg keine "Dolchstoßlegende" herausbilden. Die militärische Niederlage war umfassend und total. Ein Zurück gab es nicht. Während der Ausgang des Ersten Weltkrieges und das Versailler System viel Spielraum für unterschiedliche Interpretationen gelassen hatte, setzte das Ende des Zweiten Weltkrieges einen definitiven Schlußstrich. Er nahm der deutschen Gesellschaft alle Illusionen über eine Revision der Ergebnisse und zwang sie zum Umdenken.

Das ging nicht von heute auf morgen. Aber es gab keine Alternative. Der unter Kontrolle der westlichen Besatzungsmächte durchgeführte Umbau des politischen Systems, der gesellschaftlichen Institutionen und der Medien sorgten für eine Verstetigung der Entwicklung in Richtung Demokratie und Zivilgesellschaft. Dasselbe gilt für den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Interalliierten Militärgerichtshof und für die zwölf nachfolgenden Kriegsverbrecherprozesse vor einem amerikanischen Militärtribunal (darunter der sog. "Fall 7" gegen die Südost-Generäle). Die Bedeutung dieser Prozesse liegt nicht allein darin, dass die verantwortlichen Akteure zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern auch darin, dass damit ein erster Schritt zur juristischen und historischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit getan wurde. Auch wenn die rechtlichen Implikationen der Nürnberger Prozesse bis heute umstritten sind, steht ihr informativer, aufklärender Charakter außerhalb jeden Zweifels. Gerade die Nürnberger Prozesse trugen wesentlich dazu bei, die Wirklichkeit nationalsozialistischer Gewaltverbrechen vor das Auge der Zeitgenossen zu rücken. Zur Untersuchung der Verbrechen konnten die Richter Instrumente einsetzen, die einem Historiker nicht zur Verfügung stehen. Denn anders als Historiker konnten die Richter Zeugen auch gegen ihren Willen und unter Eid vernehmen. Sie hatten Zugang zu Materialien, die der Wissenschaft erst sehr viel später zur Verfügung gestellt wurden. Das von den Tribunalen zusammengetragene Beweismaterial ist deshalb zu einer unverzichtbaren Grundlage historischer Forschung über das "Dritte Reich" und seine Verbrechen geworden. Zwar kann man darüber streiten, ob die Verurteilung führender Nationalsozialisten die Selbstschuldigung und Selbstentlastung größerer Teile der Bevölkerung begünstigt hat. Noch heute besteht in Teilen der Bevölkerung die Vorstellung, dass Nationalsozialisten und Deutsche zwei verschiedene Personengruppen sind. Doch unstrittig ist, dass die Nürnberger Prozesse erstmals das Ausmaß der Verbrechen aufdeckten und damit die Aufarbeitung der

Vergangenheit einleiteten, - eine Aufarbeitung, die bis heute andauert.

Die Unzweideutigkeit der militärischen Niederlage von 1945, die Präsenz der drei westlichen Besatzungsmächte und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse waren ein Glücksfall für die deutsche Gesellschaft. Auch wenn die Entnazifizierung Stückwerk blieb und viele Täter nie zur Verantwortung gezogen wurden (von der Masse der Mitläufer und Opportunisten ganz zu schweigen), verschoben sich die Deutungsmuster und Paradigmen der deutschen Geschichte, - langsam, aber stetig. Die Diskreditierung und Zerstörung nationaler Mythen und kollektiver Phantasien bzw. die Entrümpelung der deutschen Vergangenheit ebneten den Weg zu Demokratie und Zivilgesellschaft. Viele Indizien sprechen dafür, dass diese mentale Umorientierung für die Transformation Deutschlands ebenso wichtig war wie der Marshall-Plan oder das sog. Wirtschaftswunder.

Die serbische Gesellschaft steht heute vor einer ähnlich grundlegenden Weichenstellung wie die deutsche Gesellschaft vor über einem halben Jahrhundert. Aber Serbien hat keine totale militärische Niederlage erlitten. Es ist kein besetztes Land. Und Kriegsverbrecherprozesse hat es bislang ebenfalls nicht gegeben. Ähnlich wie in Deutschland vor 1945 kursieren im heutigen Serbien eine Vielzahl historischer Mythen, die der Implementierung einer "offenen Gesellschaft" im Wege stehen. Eine Nation, die sich stets in der Rolle des Opfers sieht, die sich mißverstanden und ringums von Feinden umgeben fühlt, ohne je zu fragen, was sie selbst zu diesen Mißverständnissen und Feindschaften beigetragen hat, die jede Mitverantwortung von sich weist, - eine solche Gesellschaft tut sich schwer, ein konstruktives Zukunftskonzept zu entwickeln. Ohne kritische Auseinandersetzung mit dem, was während der letzten zehn bis fünfzehn Jahre geschehen ist, und ohne Dekonstruktion der nationalen Mythen kann ein Neuanfang nicht gelingen. Die Vergangenheit ist nicht einfach vergangen. Sie stellt eine bleibende Herausforderung für Gegenwart und Zukunft dar. Auch nachfolgende

Generationen in Serbien (wie in Deutschland) müssen sich dieser Herausforderung stellen. Zwar wird in Teilen der deutschen Gesellschaft immer wieder die Forderung erhoben, man solle - fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges - endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen. Glücklicherweise ist diese Schlußstrich-Forderung aber stets auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Nach wie vor gibt es nur wenige Themen, die den öffentlichen Diskurs in Deutschland so nachhaltig prägen, wie die Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit. Das gilt für den "Historikerstreit" in den 80er Jahren ebenso wie für die "Goldhagen-Debatte" in den 90er Jahren. Wer heute in Serbien die Forderung aufstellt, man solle sich ausschließlich den Aufgaben von Gegenwart und Zukunft widmen und die Auseinandersetzung über die Vergangenheit beenden, noch ehe sie begonnen hat, ist entweder naiv oder bequem oder hat selber etwas zu verbergen. Die Bewältigung der Gegenwartsprobleme und die Bewältigung der Vergangenheit gehören untrennbar zueinander. Das eine kann ohne das andere nicht gelingen. Hier geht es nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-Als auch. Denn es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit.

Eine verschwiegene, verdrängte oder tabuisierte Vergangenheit stellt für jede Gesellschaft eine Belastung und Gefährdung dar, der sie auf Dauer nicht gewachsen ist. Der zweite jugoslawische Staat ist weniger an den nationalen "Atavismen", dem "jahrhundertelangen Haß" und der "Gewaltbereitschaft" seiner Bewohner, als vielmehr daran zerbrochen, dass die politischen Akteure und Teile der geistig-kulturellen Führungsschichten die "unbewältigte Vergangenheit" im Kampf um Machterhalt oder Machteroberung bzw. im Kampf um das gesellschaftliche Deutungsmonopol instrumentalisierten. Jahrzehntlang waren alle "heiklen" Themen tabuisiert worden oder durften nur unter den ideologischen Vorgaben der Partei ("Volksbefreiungskampf und sozialistische Revolution", "Brüderlichkeit und Einheit") diskutiert werden. Das betraf vor

allein die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges (von den Ustase bis zu den Cetnici oder von Jasenovac bis Bleiburg), während die älteren nationalen Mythen - der Kosovo-Mythos oder der Mythos von der tausendjährigen kroatischen Staatlichkeit - kaum oder gar nicht in Frage gestellt wurden.

Die Saat der "unbewältigten Vergangenheit" ging in der zweiten Hälfte der 80er und Anfang der 90er Jahre in unerwartet destruktiver Form auf. Kaum ein Tag verging, an dem nicht alte Feindbilder aktualisiert und neue Opferrechnungen präsentiert wurden (weniger von Milosevic als von seinen geistigen Wegbereitern). Das Wort "Genocid" (in vielfältigen Varianten: als "biologischer Genocid", "wirtschaftlicher Genocid", "kultureller Genocid", "administrativer Genocid" etc.) verkam zu einem sinnlosen Schlagwort. Nichts ist je in so korrupter Weise mißbraucht worden wie die Bilder der Vergangenheit. Und es war - gewiß nicht allein, aber auch nicht zuletzt - die "epistemologische Katastrophe", die einer rationalen Analyse der wirtschaftlichen und politischen Probleme in den 80er Jahren im Wege stand. Das "Memorandum" der Serbischen Akademie war dafür nur ein Beispiel unter vielen.

Heutige und künftige Kommunikationswissenschaftler, Historiker, Sozialpsychologen und Anthropologen werden über Jahre hinaus damit beschäftigt sein, die politische Instrumentalisierung der "kollektiven Erinnerung" und die Manipulation mit "Gedächtnissen" in den Medien und den öffentlichen "meetings" aufzuarbeiten. Unter den serbischen Studenten und Nachwuchswissenschaftlern gibt es begabte und fähige Köpfe, die diese Aufgabe leisten können und wollen. Sie sind die Säulen einer künftigen Zivilgesellschaft. Serbien besitzt ungeachtet des

"brain drains" während der letzten Jahre noch immer ein beachtliches wissenschaftliches Potential, das jetzt in die Waagschale geworfen werden muss. Aber die jungen Leute brauchen Unterstützung. Sie brauchen die Unterstützung durch den kosmopolitischen Teil der serbischen Elite und durch jene politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Gruppierungen der Gesellschaft, jene zahlreichen NGO's, die einen wirklichen Umbruch wollen und die während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte - oft unter großen persönlichen Risiken - für die Freiheit des Geistes und des Wortes gekämpft haben. Dem anti-aufklärerischen Manifest von 1986 muss bald ein aufklärerisches, emanzipatorisches Gegenstück folgen. Die Gesellschaft wartet auf ein Signal. Wenn es jetzt nicht kommt, wann sollte es sonst kommen? Die nächsten Wochen und Monate - nach den serbischen Wahlen vom 23. Dezember - sind günstig wie selten zuvor. Wenn jetzt die Möglichkeit zur Wende nicht genutzt wird, wird eine vergleichbare Chance so bald nicht wiederkehren.

Der zehnte Jahrestag des Humboldt-Clubs ist ein würdiger und geeigneter Anlaß, der geistigkulturellen Erneuerung Serbiens (nicht im Sinne der Nationalisten, sondern im Sinne der Kosmopoliten) baldigen und nachhaltigen Erfolg zu wünschen. Der Club besitzt das "kulturelle Kapital" im Sinne Bourdieus, das notwendig ist, um diesen Prozeß anzustoßen und in enger Zusammenarbeit mit den Humboldt-Clubs der Nachbarländer zu fördern und zu unterstützen. Ich kann mir in diesem Augenblick nichts Schöneres vorstellen als eine weltoffene, tolerante und geistig lebendige serbische Gesellschaft, die sich aus den Fesseln der historischen Bilder und Mythen befreit, die Barrieren gegenüber den Nachbarn überwindet und den Weg in eine Zukunft bereitet, die diesen Namen wirklich verdient.



**Rafael Biermann**

## **Eine europäische Perspektive für die Bundesrepublik Jugoslawien im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa**

Es ist für mich eine große Ehre und ein Privileg, hier in Belgrad mit Ihnen den 10. Geburtstag des Humboldt-Clubs von Serbien feiern zu können. Noch mehr jedoch freut es mich, dass ich mit Ihnen über ein Thema sprechen kann, das über Jahre hinweg in immer weitere Ferne rückte und nun, seit dem 5. Oktober 2000, völlig neue Aktualität erhalten hat: über die europäische Perspektive der Bundesrepublik Jugoslawien im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa.

In Ihrem Land findet derzeit eine "nachholende" Revolution statt, eine Revolution in Etappen, die hoffentlich am 23. Dezember ihren erfolgreichen Kulminationspunkt findet. Sie ist deshalb eine "nachholende" Revolution, weil das, was in diesen Tagen in Belgrad geschieht, bereits zehn Jahre zuvor in Warschau, Budapest und Prag geschehen ist. Es geht nicht einfach um einen Regierungswechsel mit frischen Leuten und neuen Ideen; es geht auch nicht nur um die Abwahl eines autoritären Regimes, das seinem Volk alle Entwicklungsmöglichkeiten geraubt hat; es geht um eine grundlegende Erneuerung aller Bereiche der Politik und Gesellschaft unter den Vorzeichen von Freiheit,

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Weil dies die neuen Politiker in Ihrem Land versprochen haben und in die Wege leiten, deshalb gibt es nach zehn Jahren der internationalen Isolation und Quarantäne erstmals eine europäische Perspektive auch für Ihr Land. Innere Transformation und europäische Integration werden auch in Zukunft in engster Wechselwirkung stehen.

Belgrad hat über zehn Jahre politischer Entwicklung in Europa verpasst – zehn Jahre, in denen die Europäische Union durch die Wirtschafts- und Währungsunion, durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam, durch die entstehende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik enorme Fortschritte in der Integration verzeichnet hat; zehn Jahre, in denen die Länder Mittel- und Osteuropas eine enorme, sehr schmerzvolle Transformation hin zu Demokratie und Marktwirtschaft vollzogen haben und nun kurz vor der Aufnahme in die Europäische Union stehen. Es waren diese Jahre, in denen der westliche Balkan vier Kriege mit unendlichem Leid, mit Massenmord und Vertreibung erlebt hat, eine Zeit des Rückfalls in alte Nationalismen, eine Zeit der Stagnation, die in eklatantem Gegensatz zur Entwicklung im übrigen Europa stand. Dieser Teil Europas war von der Entwicklung im übrigen Europa abgekoppelt und abgeschnitten; die Kluft könnte ökonomisch und politisch kaum tiefer sein; und es wird Jahrzehnte dauern, um diesen Entwicklungsrückstand aufzuholen.

### **1. Eine europäische Perspektive für die Bundesrepublik Jugoslawien**

Ihr Land hat nun, ebenso wie Kroatien seit Jahresanfang, einen Prozeß eingeleitet, der auf eine möglichst rasche und vollständige Integration in den euro-atlantischen Strukturen abzielt. Sie haben bereits in den ersten Wochen Erstaunliches erreicht: etwa die Aufnahme in die OSZE und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit wichtigen internationalen Partnern und mit Nachbarn in der Region.

Ende Oktober wurde die Bundesrepublik Jugoslawien in den Stabilitätspakt für Südosteuropa aufgenommen. Der Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes, Bodo Hombach, hat Außenminister Svilanović symbolisch einen großen Schlüssel überreicht. Dieser Schlüssel öffnet mehr als lediglich die Türen zum Stabilitätspakt – er öffnet zugleich die Tür zum Vorzimmer der Europäischen Union, deren Mitgliedschaft die große Perspektive nun auch dieses Landes ist. Darin wird zugleich eines der fundamentalen Prinzipien der Politik der Europäischen Union im westlichen Balkan erkennbar: Jedes Land dieser Region, das in die Europäische Union gelangen will, muß sich zunächst im Stabilitätspakt bewähren, muß sich aktiv in diesem Pakt engagieren, muß seine Beziehungen zu den Nachbarn in der Region Schritt für Schritt ausbauen, um dadurch alle Voraussetzungen für einen Beitritt zur Europäischen Union zu schaffen. Einen Weg in die Europäische Union am Stabilitätspakt vorbei gibt es nicht; deshalb ist dieser Stabilitätspakt für Belgrad wie für alle anderen Länder der Region so wichtig.

Für das deutsche Außenministerium, wo die Idee zum Stabilitätspakt bereits zu Beginn des Kosovo-Krieges im Frühjahr 1999 entstand, gab es eine zentrale Frage: Wie kann verhindert werden, dass es nach vier Kriegen in Folge in nur zehn Jahren auf dem westlichen Balkan zu weiteren gewaltsamen Konfrontationen kommt? Wie können im Sinne struktureller Konfliktprävention die Ursachen dieser Konflikte bereits in einem sehr frühen Stadium erkannt und behoben werden, damit endlich auch in dieser Region Europas Frieden und Demokratie einziehen? Es war offensichtlich, dass der Anreiz zu einem fundamentalen Neuanfang in der Region sehr stark und attraktiv sein muß, um die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, von Revisionismus, Haß und Nationalismus zu durchbrechen. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes kam dafür nur derselbe Anreiz in Frage, der bereits in den letzten zehn Jahren bei der Transformation in Mittel- und

Osteuropa so erfolgreich gewirkt hat: die Perspektive einer vollen Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Organisationen – verbunden allerdings wie auch dort mit dem Prinzip der “Konditionalität”. Danach sind das Ausmaß und die Art der Unterstützung, die die Europäische Union bereit ist zu geben, unmittelbar gekoppelt an das Ausmaß der Bereitschaft zu grundlegenden Reformen, und zwar in allen Bereichen der Politik. Die politische wie materielle Unterstützung ist untrennbar mit einem klaren und umfassenden Reformprogramm und dessen konsequenter Umsetzung verbunden.

Dieser Ansatz war in der deutschen Bundesregierung wie im Europäischen Rat und in der Kommission zunächst heftig umstritten. Die Gegenargumente waren beträchtlich und durchaus gewichtig: Zum einen wurde argumentiert, die EU verhandle doch derzeit schon mit zwölf Ländern um eine Mitgliedschaft; diese Verhandlungen sollten erst einmal abgeschlossen werden. Mehr neue Mitglieder könne die Union in den nächsten Jahren ohnehin nicht verkraften. Zum zweiten wurde gerade von der Kommission darauf hingewiesen, dass sie gar keine personellen Kapazitäten für Verhandlungen mit weiteren Ländern habe. Andere wiederum wiesen darauf hin, dass das Brutto-sozialprodukt pro Einwohner der westlichen Balkanstaaten, also das Entwicklungsniveau dieser Länder weit hinter dem europäischen Standard hinterherhinkt (abgesehen von Kroatien liegt es zwischen 1000 und 2000 Dollar pro Einwohner; Slowenien 7.000 Dollar, Deutschland 30.000 Dollar). Eine Beitrittsperspektive würde in diesen Ländern nur unrealistische Erwartungen wecken. Wieder andere wiesen darauf hin, dass die Europäische Union nicht ihre Handlungsfähigkeit verlieren dürfe, indem sie zu viele Mitglieder aufnimmt und dadurch unfähig zu Entscheidungen wird; denn schließlich sei die Europäische Union der Schlüssel zu Wohlstand und Frieden in Westeuropa nach 1945 geworden – diese Argumente haben gerade derzeit viel Gewicht. Nicht zuletzt gab es dann auch Politiker, die den westlichen Balkan prinzipiell nicht in die Union

aufnehmen wollen. Sie weisen darauf hin, der Balkan sei immer schon das "Pulverfaß" Europas gewesen, es drohe eine "Balkanisierung" der Europäischen Union. Gerade Staaten wie Portugal oder Spanien, die viel Geld aus den Strukturfonds der Union erhalten und eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie die Balkanstaaten aufweisen, sind kaum an einer Aufnahme weiterer finanzschwacher Mitglieder interessiert, weil dies ihre eigene Unterstützung aus dem EU-Haushalt erheblich mindern könnte.

Trotz aller Vorbehalte konnten sich diese kritischen Stimmen weder in der Bundesregierung noch im EU-Ministerrat durchsetzen; gleichwohl ist die Kritik bis heute nicht verstummt. Diese Kritiker, und ihre Zahl ist beträchtlich, werden jede Gelegenheit nutzen, die weitere Annäherung der Region an die Europäische Union zu bremsen. Möglichkeiten dazu wird es reichlich geben. Die Zahl der Befürworter einer Erweiterung der Union ist schon jetzt unter den EU-Bürgern sehr gering. Das letzte Eurobarometer ergab in allen EU-Ländern eine Unterstützung von lediglich 38 Prozent. Dabei lagen Deutschland mit 34 Prozent und Frankreich mit 26 Prozent am unteren Ende – und diese Umfrage thematisierte nur den Beitritt Polens, Ungarns und der anderen Länder Mittelosteuropas, nicht jedoch einen potentiellen Beitritt Kroatiens, Mazedoniens oder der Bundesrepublik Jugoslawien. Dieses Thema wird in der Öffentlichkeit der Länder der Europäischen Union kaum diskutiert. Die Politik vermeidet das Thema in der Annahme, dafür zumindest derzeit keine Mehrheit finden zu können.

Dennoch ist mit der Beitrittsperspektive zur Europäischen Union der Kern des Stabilitätspaktes vorgegeben. Diese Perspektive ist in allen wichtigen Dokumenten des Stabilitätspaktes formuliert. Sie bezieht sich wohlgernekt lediglich auf den westlichen Balkan. Bulgarien und Rumänien stehen, wie Sie wissen, bereits seit März 2000 in Verhandlungen mit der Europäischen Kommission um

einen Beitritt. Die Europäische Union wird also eines Tages mindestens 32 Mitglieder haben – die 15 derzeitigen Mitglieder, dazu die zwölf Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa, und schließlich auch die fünf Staaten des westlichen Balkan. Für die EU selbst verlangt es enorme Anstrengungen, um sich intern auf eine solche Erweiterung vorzubereiten – und es wird noch einige Regierungskonferenzen über Nizza hinaus brauchen, um dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Die Union hat eine Reihe von Prinzipien und Verfahrensweisen vorgegeben, die den weiteren Prozeß der Annäherung des westlichen Balkan an die EU steuern werden:

1. Jedes Land wird einzeln nach seinem eigenen Reformfortschritt beurteilt und *dann* aufgenommen, wenn es die Bedingungen für die Mitgliedschaft erfüllt. Es wird keine Integration aller Länder der Region in einem Schritt geben, entgegen dem Vorschlag von Präsident Kostunica.
2. Es gibt keine Ausnahmen oder Sonderbehandlungen, was die Bedingungen für die Mitgliedschaft anbelangt. An jeden Bewerber werden die gleichen Maßstäbe angelegt. Grundlage dafür sind die Kriterien vom Kopenhagener EU-Gipfel von 1993. Trotz aller Euphorie, die gegenwärtig hier zu Recht in Belgrad herrscht, wird dies auch für Ihr Land gelten, wenn erst einmal die erste Hochstimmung der Nüchternheit des politischen Alltags gewichen ist – Kroatien musste dies in diesem Jahr ebenfalls bereits erfahren. Um so mehr gilt es natürlich, heute die Gunst der Stunde zu nutzen.
3. Bevor Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union starten können, muß jedes Land zunächst ein "Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen" mit der EU abschließen, ähnlich den "Europaabkommen" der EU mit Mittelosteuropa von Anfang der 1990er Jahre. Nur wenn dieses erfolgreich implementiert ist, kann überhaupt konkret über eine Mitgliedschaft verhandelt werden. Die ehemalige

jugoslawische Republik Mazedonien hat auf dem Gipfel des Stabilitätspaktes in Zagreb am 24. November 2000 ein solches Abkommen mit der Union abgeschlossen. Kroatien hat an diesem Tag die Verhandlungen mit der Union aufgenommen. Albanien wird dies demnächst tun. Die Bundesrepublik Jugoslawien wurde am 9. November vom Europäischen Rat eingeladen, ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen gemeinsam vorzubereiten. Dies ist der nächste große Schritt für das Außenministerium der Bundesrepublik Jugoslawien auf dem Weg in die Europäische Union.

4. Um der Bundesrepublik Jugoslawien bei der Vorbereitung auf diese Verhandlungen zu helfen – diese Verhandlungen werden sehr komplex, zeitraubend und detailliert sein – werden die Europäische Kommission und die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien eine “Joint Consultative Task Force” einrichten und sich mehrmals in den nächsten Monaten treffen. Solche Task Forces werden mit all jenen Ländern eingerichtet, die nicht zuvor ein Kooperationsabkommen mit der EU abgeschlossen hatten. Dadurch wird erstmals ein regelmäßiger Kontakt Belgrads mit Brüssel entstehen, bei dem Ihr Land im Detail seine Reformfortschritte aufzeigen kann und von der Kommission Beratung über notwendige weitere Schritte erhalten wird.

5. Die Europäische Kommission wird regelmäßig überprüfen, in wie weit die Bundesrepublik Jugoslawien die Kriterien für die Aufnahme von Verhandlungen um eine Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen erfüllt. Grundlage dafür werden die “Schlussfolgerungen des Rates über die Konditionalität” vom April 1997 sein. Demnach muß die Bundesrepublik Jugoslawien vor Beginn der Verhandlungen folgende Bedingungen erfüllt haben:

- Sie muß ein demokratischer Rechtsstaat sein, der die Menschen- und die Minderheitenrechte achtet. Dies erfordert etwa ein neues Medienrecht, die klare

Unterordnung der Sicherheitskräfte unter die Politik und die volle Achtung der Minderheitenrechte nach internationalem Standard.

- Es müssen freie und faire Wahlen abgehalten und die Ergebnisse voll umgesetzt worden sein – dies ist am 24. September und wird wohl auch am 23. Dezember geschehen.

- Es darf keine Diskriminierung geben.

- Die ersten Schritte der ökonomischen Reform müssen eingeleitet sein (Privatisierung, Beseitigung der Preiskontrollen).

- Die Bereitschaft zu gutnachbarlichen Beziehungen muß erkennbar sein. Dazu wird insbesondere die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Nachbarn, auch mit Albanien und Kroatien, zählen; und

- die volle Umsetzung des Abkommens von Dayton muß sichergestellt sein, einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag und der Flüchtlingsrückkehr.

6. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, wird die Europäische Kommission eine Machbarkeitsstudie (“Feasibility Study”) verfassen und dem Europäischen Rat zur Billigung vorlegen, der über den Reformfortschritt der Bundesrepublik Jugoslawien befindet und eine Empfehlung über den Beginn von Verhandlungen ausspricht. Vor den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens liegen also Monate umfangreichster Reformarbeit, um vor allem die politischen Voraussetzungen für den Abschluß eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu schaffen. Nach aller Erfahrung wird die Wirtschaftsreformgesetzgebung weitaus längere Zeit in Anspruch nehmen, ebenso ihre Implementierung.

Was das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen selbst anbelangt, so kann man sich derzeit an dem Vertrag orientieren, den die frühere jugoslawische Republik Mazedonien

soeben mit der EU abgeschlossen hat. Ohne hier in die Details gehen zu wollen, sind einige Punkte wichtig: Das Abkommen wird eine Klausel enthalten, die die Perspektive der vollen Mitgliedschaft in der EU formuliert. Das ist das Herzstück des Vertrages. Das Abkommen wird des weiteren alle Bereiche der EU-Politik abdecken, von der Landwirtschaft über die Freizügigkeit bis hin zur Sicherung geistigen Eigentums. Zentrales Ziel ist die Annäherung der nationalen Gesetzgebung an den "Aquis communautaire", das über Jahrzehnte gewachsene Gemeinschaftsrecht (derzeit 80.000 Seiten Papier). Die Dauer der Umsetzung des Abkommens beträgt im Fall der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien zehn Jahre. In dieser Zeit soll Schritt für Schritt durch Abbau der Zölle und Handelshemmnisse eine Freihandelszone zwischen der Union und dem Partnerland entstehen. Ein Stabilisierungs- und Assoziierungsrat zwischen der EU und dem Partnerstaat, der sich auf Minister- und auf Beamtenebene regelmäßig trifft, wird die Umsetzung des Abkommens überwachen.

Damit lässt sich zugleich ausrechnen, wie lange es etwa dauern wird – wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse dazwischentreten – bis ein Land wie Mazedonien der EU beitrifft: Im Jahr 2000 beginnt die Implementierung, sie dauert zehn Jahre (bis 2010), danach folgt eine in ihrer Länge nicht absehbare Pause bis zum Beginn der eigentlichen Beitrittsverhandlungen, die dann, legt man die gegenwärtigen Verhandlungen mit den mittelosteuropäischen Staaten zugrunde, mindestens acht Jahre dauern. Der tatsächliche Beitrittstermin für ein Land wie Mazedonien liegt demnach frühestens wohl im Jahr 2020. Für die Bundesrepublik Jugoslawien dürfte dies nicht viel anders aussehen, da es derzeit in der EU kaum Bereitschaft gibt, dieses Verfahren an sich in Frage zu stellen. Hier sind in den kommenden Jahren Nüchternheit, Ausdauer und Zielstrebigkeit gefragt. Es dürfen keine falschen Erwartungen geweckt werden; der Weg ist lang und steinig, doch das Ziel ist aller Mühen wert.

Die Europäische Union stellt jedem der Länder des westlichen Balkan ein umfangreiches Hilfspaket bereit, um die bevorstehende, sehr schmerzliche Transformation erfolgreich zu bewältigen. Bulgarien und Rumänien haben in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, dass die Reformen viel tiefgreifender als erwartet sein müssen; dafür die notwendige Unterstützung in der Bevölkerung über viele Jahre zu sichern, ist sehr schwer. Ein Erfahrungsaustausch mit seinen Nachbarn über diese Fragen ist gerade in diesem Stadium für Belgrad sicherlich sehr gewinnbringend.

Das Hilfspaket der Union besteht aus zwei Komponenten. Zum einen hat die EU soeben ein eigenes Hilfsprogramm, abgekürzt CARDS ("Community Assistance for Reconstruction, Democratisation and Stabilisation"), verabschiedet, das speziell auf die Bedürfnisse des westlichen Balkan zugeschnitten ist. Bis zum Jahr 2006 werden demnach 4,65 Mrd. Euro speziell für den westlichen Balkan zur Verfügung gestellt. Diese Gelder werden sowohl zur Vorbereitung wie zur Durchführung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen verwendet. Die Bundesrepublik Jugoslawien wird, einschließlich des Kosovo, weit mehr als die Hälfte dieser Gelder erhalten. Die genaue Aufteilung der Summe nach Ländern steht allerdings noch nicht fest. Hinzu kommt die längerfristig wohl noch wichtigere Maßnahme der EU vom Lissaboner Gipfel im März diesen Jahres, einer asymmetrischen Handelsliberalisierung mit dem westlichen Balkan zuzustimmen. Bis 2002 will die EU, bis auf wenige Ausnahmen vor allem im Agrarsektor, ihren Markt vollständig für Produkte aus dem westlichen Balkan öffnen. Das wird die Wirtschaft in den Ländern der Region ankurbeln und die Eigenkräfte des Marktes stärken.

Diese Maßnahmenpaket kam nur nach heftigem Tauziehen in der Europäischen Union zustande. Die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Summe lag noch deutlich höher. Doch ist die Bereitschaft in manchen EU-Ländern, sich finanziell auf dem Balkan zu

engagieren, sehr begrenzt. Die Bundesregierung dagegen hat noch einmal darüber hinaus von sich aus in den nächsten vier Jahren 1,2 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, um den Aufbau in der Region zu unterstützen. Nun wird es darum gehen, diese Gelder auch vernünftig anzulegen – denn eine solche Chance wird sich für die Region sicherlich nicht noch einmal eröffnen.

## **2. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und sein Potential für die Bundesrepublik Jugoslawien**

Es ist nun an der Zeit, auf den Stabilitätspakt zurückzukommen. Er ist das Fundament für das Engagement der Europäischen Union wie auch aller anderen internationalen Organisationen in der Region. Um Ihnen im Rahmen der Möglichkeiten dieses Vortrages Einblick in die Mechanismen des Stabilitätspaktes zu geben, sollen zunächst die Struktur und Arbeitsweise des Paktes vorgestellt, danach soll ein kurzes Resümee nach eineinhalb Jahren gezogen werden, und dies alles mit Blick darauf, was der Stabilitätspakt für die Bundesrepublik Jugoslawien bedeutet.

Der Stabilitätspakt funktioniert nach dem Prinzip einer Steuerungsgruppe, die inzwischen Hunderte von Projekten und Initiativen koordiniert. An der Spitze steht der Sonderkoordinator mit seinem kleinen Büro in Brüssel, der allerdings über keine eigenen Finanzmittel verfügt und keine Exekutivaufgaben hat. Sein Erfolg hängt von seiner Überzeugungskraft, seinen Vermittlungsfähigkeiten, seinen Kontakten, mithin seiner Persönlichkeit ab. Einmal im Jahr trifft sich der Regionaltisch des Stabilitätspaktes, der alle Maßnahmen koordiniert, unter Vorsitz des Sonderkoordinators. Die wichtigste Arbeit jedoch leisten die drei Arbeitstische des Paktes, die sich im Frühjahr und im Herbst jedes Jahres treffen, um die konkreten einzelnen Projekte des Stabilitätspaktes zu billigen und voranzutreiben:

- Der Arbeitstisch I Demokratisierung und Menschenrechte
- Der Arbeitstisch II ökonomischer Wiederaufbau und Entwicklung, sowie

- der Arbeitstisch III für Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit.

Die Stellvertretende Leitung haben jeweils Regierungsvertreter aus der Region, und zwar im Turnus von sechs Monaten. Die Bundesrepublik Jugoslawien wird also demnächst auch einen Co-Chair stellen und zudem wohl einen nationalen Koordinator des Stabilitätspaktes berufen, wie dies auch alle anderen Teilnehmer getan haben. Inzwischen haben die Arbeitstische wieder eine Vielzahl von Untertischen gebildet, so dass zunehmend die Gefahr besteht, dass sich der Stabilitätspakt in einer unübersichtlichen Organisation mit ungenügender Verantwortlichkeit verliert.

Die bisherige Arbeit des Stabilitätspaktes lässt sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase diente der Vereinbarung und Formulierung des Gründungsdokumentes des Paktes, das am 31. Juli 1999 in Sarajewo von den Staats- und Regierungschefs von 38 Staaten und Repräsentanten von 15 internationalen Organisationen unterzeichnet wurde. Die zweite Phase bestand aus der Etablierung des Regionaltisches und der Arbeitstische sowie der Erarbeitung der Konzepte für die ersten großen Projekte. Am Ende stand die Geberkonferenz im März 2000, auf der ein "Quick Start Package" mit etwa 200 Großprojekten verabschiedet wurde, die noch in diesem Jahr starten sollten. Die Geber stellten, für viele unerwartet, 2,4 Mrd. Euro zur Verfügung bis zum Jahr 2003. Damit ist die Finanzierung des Stabilitätspaktes zunächst gesichert. Seither hat die Implementierung dieser ersten Projekte begonnen, weitere kommen hinzu. Damit ist der Stabilitätspakt in seine wichtigste Phase eingetreten.

Für die Bundesrepublik Jugoslawien bedeutet dies, dass sie in eine laufendes Großprojekt einsteigen muß, ohne von Anfang an dabei gewesen zu sein. Angesichts der unübersichtlichen Vielzahl von sich überschneidenden Projekten höchst unterschiedlicher Wichtigkeit ist dies nicht einfach. Belgrad muß sich nun möglichst rasch mit der Arbeitsweise des Stabilitätspaktes und seinen Förderrichtlinien

vertraut machen, eigene Projekte konzipieren und diese den Arbeitstischen präsentieren, damit der Stabilitätspakt möglichst zügig konkrete Projekte des Wiederaufbaus in Ihrem Land unterstützen kann – von der Demokratisierung über Infrastrukturhilfen bis hin zum Aufbau von Europastudiengängen an den Universitäten.

Diese Projekte haben eine viel größere Erfolgchance, wenn sie gemeinsam mit anderen Staaten der Region konzipiert und eingereicht werden. Denn eines der Hauptziele des Stabilitätspaktes ist es, die mangelnde regionale Kooperation im westlichen Balkan zu stärken. Bilaterale Projekte haben aus Sicht des Stabilitätspaktes dagegen viel geringere Finanzierungschancen. Je mehr Kooperation, desto besser – nicht nur aus Sicht des Stabilitätspaktes. Die Tschechen haben ein kluges Sprichwort, das auch hier Anwendung finden kann: “Schütze dich nicht durch einen Zaun, sondern durch Freunde.”

Dabei ist es zwar bedauerlich, doch wichtig zu wissen, dass 80 Prozent der bisher bewilligten Gelder allein für Infrastrukturverbesserungen ausgegeben werden: die zweite Brücke über die Donau bei Vidin – Calafat, der Ausbau des Grenzübergangs Blace, auch die provisorische Brücke in Novi Sad. Dies wird sich hoffentlich im weiteren Verlauf des Stabilitätspaktes noch ändern. Denn der Neuanfang in der Region erfordert mehr als neue Wirtschaftsstrukturen und Direktinvestitionen; es geht auch um Stabilität durch Bildung, um ein neues Europabewusstsein gemeinsamer demokratischer Werte in dieser Region, gerade unter der nachwachsenden Region. Dazu will die Task Force Südosteuropa am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) im Rahmen des “Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa” einen Beitrag leisten. Seit Jahresanfang nehmen daran neben Vertretern aus allen Ländern der Region bereits auch Wissenschaftler des Alternativen Akademischen Netzwerkes (AAEN) teil.

Ein Wort in historischer Perspektive zum Abschluß: Als der Stabilitätspakt für Südosteuropa 1999 geboren wurde, gehörte die Bundesrepublik Jugoslawien nicht zu seinen Gründungsmitgliedern. Der Stabilitätspakt wurde trotz Milosević, um Belgrad herum gebaut. Dabei war jedem bewusst: Stabilität auf dem westlichen Balkan kann es auf Dauer ohne Belgrad nicht geben. Erst wenn auch die Bundesrepublik Jugoslawien durch freie Wahlen den Weg in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft einschlägt, also in Richtung auf *die* Werte, die heute ganz Europa verbinden, erst dann kann dieser Stabilitätspakt seine volle Wirkung entfalten. Die Bundesrepublik Jugoslawien ist das Herz des westlichen Balkan. Sie kann neben Kroatien – oder besser: im Verbund mit Kroatien – zum Stabilitätsanker der Region werden. Ob in Ihrem Land die demokratische Erneuerung gelingt, wird Auswirkungen weit über die Grenzen der Bundesrepublik Jugoslawien hinaus haben.

Die Europäische Union hat auf dem Gipfel in Biarritz vor wenigen Wochen begonnen, in die Zukunft des demokratischen Serbien zu investieren, 200 Millionen Euro noch in diesem Jahr für Heizung, Lebensmittel, Schulen etc.. Die Risiken sind allen Seiten wohl bewusst. Doch jedem ist klar: Eine nachhaltige Stabilisierung dieser Region und damit die Überwindung der tiefen Kluft zwischen dieser Region und dem übrigen Europa wird nur gelingen, wenn die Reformen in der Bundesrepublik Jugoslawien gelingen. Deshalb wünsche ich Ihnen gemeinsam mit allen meinen Landsleuten von Herzen, dass Sie die Kraft, die Ausdauer und die Weitsicht haben, den nun begonnenen demokratischen Prozeß über die nächsten Jahre weiterzugehen und erfolgreich abzuschließen, trotz aller unvermeidbarer Rückschläge und Schwierigkeiten. Am Ende werden wir Sie dann in der Europäischen Union begrüßen – und wir stehen bereit, Sie mit Rat und Tat auf dem Weg dorthin zu begleiten und zu unterstützen.



## Oltea Joja

### Perspektiven der Zusammenarbeit in Südosteuropa

Das Referat enthält zwei unterschiedliche Teile: einen ersten, eher aporetischen Teil, und einen zweiten, empirischen Teil, welcher sich auf bestehende Kooperation und deren konkrete Perspektiven bezieht.

Realistische Perspektiven einer Zusammenarbeit in Südosteuropa erkennen wir gemäß<sup>1</sup> der politisch bedingten Gesetzgebung bezüglich Kooperation. Dabei beziehen wir uns auf unterschiedliche Staaten, die zu diesem kontroversen Teil Europas gehören. Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Südosteuropas bedeutet nicht nur Kontinuität der kulturellen Traditionen in der Region, sondern aktuell geht es insbesondere um die gesellschaftlichen Folgen einer realen Kooperation.

In den meisten Staaten der Region, politisch bedingt, wurde während den letzten zehn Jahren die Bedeutung der Wissenschaft eher ignoriert. Wissenschaftliche Aktivität, die hartnäckig weitergetrieben wurde und die bescheidene Kooperation die von Existenzproblemen und wiederholten politischen Umbrüchen nicht erstickt wurden, konnten keine intra- oder intergesellschaftliche Überbrückung darstellen. Es ist nicht die Rolle der Wissenschaft die

Gesellschaft zu erretten, die von politischen Ereignissen überfordert ist. Wissenschaft war in diesen Ländern eine "elitäre Beschäftigung", nicht im Sinn der Überheblichkeit\*, sondern im Sinn der Gunst von Menschen die sich nicht von der Hektik der Existenzprobleme zerfetzt ließen. Diejenigen die sich während diesen Jahren weiter mit Wissenschaft beschäftigten, müsste man vielleicht nochmals, so wie Hölderlin, fragen: "Wozu Dichter zu dürftigen Zeiten?" Eine derartige Ausfrage könnte vielleicht manche Holzwege Südosteuropas belichten.

Die Rolle der Wissenschaft für die Gesellschaft im Kontext der regionalen Zusammenarbeit könnten wir wie folgt systematisieren:

- um für regionspezifische Probleme eigene Lösungen auszuarbeiten
- für die gegenseitige Unterstützung
- um zusammen die Logistik effektiver zu benutzen
- um mehr/schneller know-how zu erwerben
- um Modellprojekte in Forschung und Lehre auszuarbeiten – diejenigen die die Länder der Region benötigen.

Die Zusammenarbeit in der Region denken wir im Kontext der europäischen Integration und nun geht es darum das Konzept und die Denkrichtung der schon ausgearbeiteten Kooperationsstrukturen der EU an die spezifischen Bedingungen der südosteuropäischen Region zu knüpfen.

Während der letzten vier Jahre habe ich für Rumänien das COST (*Cooperation for Science and Technology*) Action B6 Projekt koordiniert. Das COST ist ein von der Europäischen Kommission koordiniertes Forschungsprogramm. Das COST Action B6 hat als Thema: "Effiziente Psychotherapie bei Essstörungen". Während dieser Zeit wurde ich dank der Zusammenarbeit mit der ANSTI (Nationale Agentur für Wissenschaft, Technologie und Innovation), die in Rumänien die Funktion des Wissenschaftsministeriums übernommen hat,

über die Akten bezüglich wissenschaftlicher Zusammenarbeit im Rahmen der EU konsequent informiert. Der Rahmen-Programm 5 stellt die Struktur für die Entwicklung von Forschungsprojekte im Rahmen der Förderungsalternativen der EU, für die Zeitspanne 1998-2002 dar. Rumänien gehört seit 1999, unter dieselben Bedingungen wie die Mitgliedstaaten, zu dem Rahmen-Programm 5. Der Bericht (2000) des Europäischen Rats zu dem Rahmen-Programm 5 "rückt die Wissenschaft in den Mittelpunkt der Gesellschaft".

Was heisst den "in den Mittelpunkt der Gesellschaft"? Die Deutung einer Aussage ist kulturell bedingt, sie wird über spezifische Wahrnehmungen gefiltert und angenommen. Aus diesem Grund werden gegenwärtig in der psychologischen und in der psychiatrischen Forschung, die Wahrnehmungen bezüglich gewisser Phänomene studiert, so wie z.B. die wahrgenommene soziale Unterstützung oder die wahrgenommene Ethnie. Wahrnehmungen gewisser Phänomene bedingen unseren affektiven Status und unser Verhalten. Es geht also nicht nur um das objektivierte Verhalten, sondern um die Korrelation von Realität zur Wahrnehmung, die das Verhalten beeinflusst.

Nun, wenn wir die Aussage "die Wissenschaft rückt in den Mittelpunkt der Gesellschaft" analysieren, werden wir unterschiedliche Wahrnehmungen feststellen, welche grundsätzlich von den sozialen und kulturellen Bedingungen der Gesellschaft bestimmt werden.

Wie sollten wir diese Aussage in Bezug auf die spezifischen Zustände Südosteuropas verstehen und gestalten können? Könnten wir oder sollten wir sogar an Entscheidungstreffen denken? Dadurch kommen wir auf eine weitere Frage zu, deren Antwort von der Geschichte und der Gegenwart der letzten zehn Jahren der Region geprägt wird. Welche ist denn die Stellung, (siehe die reale Rolle) der Wissenschaftler in der Gesellschaft? Wir könnten über Analogie an Plato denken, der letztendlich den Philosophen die politische Macht schenken

wollte. Plato's Stellung nimmt eine symbolische Rolle an: denn philo-sophia bedeutet die Liebe zur Weisheit und wer vertritt denn die eher bescheidene Weisheit, diejenige die die Wahrheit als Wert über die Selbstwertgefühlsbefriedigung stellt? Die Liebe zur Weisheit im Mittelpunkt der Gesellschaft, das würden viele Wissenschaftler freudig stimmen, wo wir uns über Jahre hinweg, unter konsequente politische Marginalisierung, öfters gefragt haben: "Braucht denn die Republik doch Wissenschaftler?" Die Frage stellt die Umstellung einer Aussage dar, die Prof. Jovan Jovanovic in seinem Vortrag 1998, anlässlich des 2. Humboldt-Kolloquiums Belgrad, September 1998 benutzte. Dabei bezog sich Prof. Jovanovic auf Lavoisier's Hinrichtung im Jahre 1794. Die Aussage "Die Republik braucht keine Wissenschaftler" wurde damals vom Präsidenten des Gerichts benutzt, als Antwort auf das Verlangen der Verteidigung den Brief zugunsten des Angeklagten vorzulesen.

Wir dürften uns nun die Frage stellen: Ob überhaupt und wenn, dann bis wohin reicht der Einfluss der Wissenschaftler in unserer Gesellschaft? Gelten wir denn als mündig für diese Gesellschaft – in Bezug auf die spezifischen Kriterien der Transitionsstaaten? Es sieht eher so aus als dass eine kulturelle Konfusion bezüglich der sozialen Rollen in unserer Gesellschaft besteht. Die Konfusion wurde über Jahre hinweg durch das Image verstärkt, ein nun ausgeprägtes Image, dass Akademiker als marginal gelten und in dem Sinne wurden sie öfters behandelt. Die Akademiker, die Wissenschaftler insbesondere, sind gemäß alten Kriterien, die aber weiterhin kulturell prägend sind, zu "wenig produktiv". Die Rolle der Wissenschaftler für den Fortschritt der Gesellschaft, für die Bewältigung der Ignoranz, die Unglück und Misere bewirkt, wird völlig ignoriert. Nicht zu reden über die Rolle der Akademiker für die Ausbildung des Nachwuch. Kinder, Jugendliche, Ausbildungsprobleme sind kein Thema der letzten Jahren gewesen. Die beschriebenen Tatsachen bestehen, neben den enormen finanziellen

Probleme, als Argumente für das konsequente Aufgeben von wissenschaftlichen Karrieren.

### **Die EU Akte**

Die Europäische Kommission hat einen Bericht erstattet bezüglich der Realisierung einer europäischen Forschungszone für die Zeitspanne 2002-2006, welcher von dem Europäischen Rat der Staatspräsidenten und der Regierungspräsidenten in Lisabona, im März 2000, genehmigt wurde. Das Projekt soll als Schwerpunkt für die "Konstruktion einer europäischen Gesellschaft der Erkenntnis (*society of knowledge*)" gelten. Das Projekt gestaltet die Entwicklung der Forschung in Europa über die Zunahme der Kohärenz im Rahmen der wissenschaftlichen Aktivitäten und des verstärkten Einflusses (*impact*) der Forschungspolitik.

Im Kontext Südosteuropas könnten wir die Zunahme der Kohärenz als regionale Zusammenarbeit wahrnehmen und gestalten. Dabei würde man von einem stärkeren Einfluss (*impact*) der Forschungspolitik ausgehen müssen und dafür konkrete Maßnahmen treffen. Würde das denn nur eine Sache der Wissenschaftler sein oder auch der Politiker, die viel leichter ein neues Image prägen könnten.

Die EU Akte bezieht sich auf ein "neues Verhältnis zwischen den Bürger Europas, einerseits und der Wissenschaft und Technologie, andererseits, dadurch dass "die Forschung in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt". Diese Aussage wird nicht weiter bestimmt, weil jedes Land seine spezifischen Schwerpunkte definieren soll. Uns bleibt die Frage übrig: Wie könnte man solche Schwerpunkte realistisch definieren? Wie sollten wir uns denn die Realisierung von neuen Verhältnissen und das Vorrücken der Wissenschaft in den Mittelpunkt der Gesellschaft vorstellen? Sollten diese als neues Image der Akademiker und insbesondere der Wissenschaftler über die Medien gestaltet werden? Wissenschaft also als Prestigeaktivität und wirtschaftlich bedingt, als Budgetzuwachs

für wissenschaftliche Tätigkeiten und Unterrichtsaktivitäten könnten als Schwerpunkte gelten.

Das "neue Verhältnis zwischen den Bürger Europas, einerseits und der Wissenschaft und der Technologie, andererseits", soll laut der EU Akte über die Organisierung von politischen Debatten erreicht werden, welche als Thema "die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Kenntnisse und deren Vorteile für die gesellschaftlichen Folgen" haben werden.

Könnten wir denn in den südosteuropäischen Ländern neue Verhältnisse über politische Debatten gestalten? Es stellt sich die Frage was wohl jeder unter einer politischen Debatte versteht. Was ist denn eine Debatte? Sie ist die kontroverse Diskussion, wo wir gelassen, ohne Leidenschaft, kritisieren und genau so gelassen Kritik annehmen können. Weil die Kritik nur eben da ist um weiterzukommen. Wie sollten wir denn diese Debatten organisieren: Mit wem denn und für wen? Vielleicht sollten wir zuerst einmal eine Debatte unter uns Wissenschaftler organisieren, als guter Start, als bloße Verlängerung der kritischen Einstellung, die wir schon als Training mit uns selber haben. Sollten wir vielleicht den Ansprechkreis erweitern und für die Medien eine Debatte organisieren? Dann würde sich die Frage stellen: Für welche Medien denn? Hiermit hätten wir ein weiteres Thema für eine zweite Debatte. Wie oft haben wir denn während den letzten zehn Jahren nicht an die Grafitti des '68 Paris denken müssen "mefiez vous, les oreilles ont des murs !" (misstrauen Sie, die Ohren haben Mauern!)

Wenn es eine politische Debatte sein sollte, dann müssten wir an die Politiker denken, bzw. an die Bedeutung der Debatte für sie! Vor kurzer Zeit fand ich im Internet, unter den Organisationsstrukturen für wissenschaftliche Kooperation, eine Dichotomie, vielleicht nur eine Zwiefalt, die als solche das Thema der politischen Debatte darstellen könnte: die Existenz von zwei Auswahlausschüssen für die Selektion wichtiger Projekte, bzw. ein Entscheidungsausschuss und ein Expertenausschuss! Wenn die Entscheidungstreffer höchstwahrscheinlich die eher

politisierten Ausschüsse bilden, wird in dem Fall ein Interesse für eine Debatte mit Experten bestehen? Und dann stehen wir eben vor derselben o. g. Frage : Gelten wir, Wissenschaftler als mündig um Entscheidungen zu treffen? Und nun, stellt Entscheidungstreffen nicht die Macht dar und eben ”den Mittelpunkt der Gesellschaft”?

Das waren alles Fragen an Sie, Humboldtianer, im Kontext der Möglichkeit eine Musterdebatte zu veranstalten, wo wir “die Politiker der Wissenschaft” einladen könnten, um letztendlich einen richtigen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik aufbauen zu können. Dabei könnten Wissenschaftler eine Debatte vorzeigen, wo der Pathos für den Drang zum Fortschritt steht. Vielleicht ist eben deshalb unsere Selbstgefälligkeit minder, weil sie von dem Sinn und der Effektivität unseres Tuns beschattet wird!

### ***Einige Daten bezüglich Kooperation***

Für dieses Referat konnte ich wie immer, dank der dauernd effizienten Zusammenarbeit mit ANSTI, die die Abkommen des früheren Ministeriums für Wissenschaft und Technologie Rumäniens weiterführt, einige Dokumente zur Kenntnis nehmen. Im weiteren beziehe ich mich auf die Dokumente bezüglich der bilateralen Kooperation Rumäniens im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und der Technologie mit den Staaten der Region. Diese Dokumente dienen als Basis für die weitere Zusammenarbeit. Rumänien hat Kooperationsabkommen mit folgenden Staaten:

#### **Bulgarien**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technologie zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie Rumäniens und dem Ministerium für Unterricht und Kultur Bulgariens – Vorschlag zur Genehmigung

#### **Kroatien**

Protokoll für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und der Technologie zwischen

dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie Rumäniens und dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie Kroatiens (1994)

#### **Jugoslawien**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und der Technologie zwischen der rumänischen Regierung und der Bundesregierung Jugoslawiens (1995)

#### **Mazedonien**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und der Technologie zwischen der rumänischen Regierung und der Regierung Mazedoniens; ein Vorschlag des rumänischen Ministeriums

#### **Moldavien**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft, des Unterrichts und der Kultur zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung Moldaviens (1992)

#### **Slowenien**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technologie zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung Sloweniens (2000)

#### **Ungarn**

Abkommen für Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technologie zwischen der Regierung Rumäniens und der Regierung Ungarns (1999)

Ausserdem laufen eine Reihe von Projekte als Initiative unterschiedlicher Institute oder Hochschulen, die ausserhalb des offiziellen Programms gestaltet wurden. Insoweit ANSTI informiert wurde: mit Bulgarien 7 Projekte, mit Jugoslawien 15 Projekte und mit Slowenien 3 Projekte.

### ***Weitere Perspektiven***

Die Alexander von Humboldt-Stiftung fördert seit 1999 im Rahmen des Stabilitätspaktes ein Sonderprogramm zum wissenschaftlichen Wiederaufbau in Südosteuropa. Ein Abkommen mit der Fritz Thyssen Stiftung ermöglicht ebenfalls ein Sonderprogramm zum wissenschaftlichen Wiederaufbau in Südosteuropa.

Über diese Programme werden die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie der Anrainerstaaten, Albanien, Bulgarien und Rumänien gefördert. Der Schwerpunkt bezieht sich auf die sorgfältige Förderung der Nachwuchswissenschaftler u.z., gemeinsame Forschungsaufenthalte eines erfahrenen ehemaligen Humboldt-Forschungsstipendiaten und eines von ihm ausgewählten Nachwuchswissenschaftlers. Es ist kein Zufall dass Geistes- und Sozialwissenschaften dabei bevorzugt werden; akkurate wissenschaftliche Ansätze in diesen Fachbereichen zeigen sich als schwieriger für den Nachwuchs der Region, wo spezifisch Geistes- und Sozialwissenschaften marginalisiert wurde.

Im Rahmen des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes (DAAD) werden, als Schwerpunkt des akademischen Neuaufbaus in Südosteuropa, Modellprojekte in Forschung und Lehre einbezogen.

Sowohl für die Humboldt-Stiftung als auch für den DAAD gelten als Hauptziel der Sonderprogramme die multiplikatorischen Effekte, was an sich relevant ist. Jedesmal als ich mich fragen musste – *”wozu denn Dichter zu dürftigen Zeiten?”* – wusste ich eine Antwort, die immer als Argument bestehen wird: die Ausbildung der jungen Wissenschaftler. Sie werden unsere Chancen vervielfachen.

\*s. *Langenscheidts Grosswörterbuch, Deutsch als Fremdsprache, 1997.*



## **János Wölfling**

### **Zur Lage der Forschung in Ungarn und zur Tätigkeit des Humboldt- Vereins Ungarn**

Die Daten, welche ich Ihnen zeigen werde, stammen aus einem Bericht, welchen Ungarn im Auftrag der EU im Jahre 1999 unter dem Titel „*Towards the European Research Area*“ zusammengestellt hat und aus einem aktuellen Bericht des ungarischen Bildungsministeriums. Diese Daten hat Herr Attila Kuba, Sekretär des HVU ausgewählt und ausgewertet, die Stellungnahme spiegelt die Meinung mehrerer ungarischen Humboldtianer.

#### **1.1. Allgemeine Lage der Forschung**

Nehmen wir zuerst die Aktivitäten der Forschung und der Entwicklung auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung sowie der experimentellen Entwicklung in Betracht. Erstaunlicherweise erhöhten sich die Grundlagenforschungen im Vergleich der experimentellen Forschungen und Entwicklungen. Man muss aber hinzufügen, dass diese Daten prozentuelle Verhältnisse darstellen. Die Quantität der experimentellen Entwicklungen haben nach der politischen Wende wegen des industriellen Rückfalls drastisch gesunken. In der Industrie verliefen

große Veränderungen, man kann wirklich über einen Strukturwechsel reden, welcher aber leider keine parallele Verbesserung der Forschungsaktivität hervorrufen konnte. Gleichzeitig konnten aber die Grundlagenwissenschaften erhalten bleiben.

Die Folge der obigen Veränderungen war die Abwanderung der Forscher aus der unternehmerischen Sphäre, wogegen ist die Zahl der Forscher an den Universitäten und an den akademischen Instituten im großen und ganzen unverändert geblieben.

Man muss feststellen, dass die Menge und die Zusammensetzung der Forschung und der Entwicklung in Ungarn weitaus nicht optimal ist.

Die Lage der Forschungen ist auf dem Gebiet der einzelnen Wissenschaften sehr unterschiedlich. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit behaupten, dass die Lage der theoretischen Wissenschaften (zum Beispiel Mathematik, Philosophie, Rechtswissenschaft) befriedigend ist, während die Lage der Wissenschaften, welche teure Versuchsgeräte benötigen, oft problematisch ist (zum Beispiel Biologie, Chemie, Physik, Medizin und Ingenieurwissenschaften).

#### **1.2. Forschungsbedingungen**

Die Ausrüstung und die Infrastruktur der ungarischen Forschung ist mangelhaft, teilweise veraltet, aber noch funktionsfähig. Auf Grund der Angaben des Bildungsministeriums sind die Ansprüche auf Geräte etwa fünfmal höher als die bewerbare Quellen.

Im Zusammenhang der Forschung an den Universitäten muss man erwähnen, dass die Studentenzahl bestimmter Fächer (zum Beispiel Informatik, Rechtswissenschaft) sehr bedeutend erhöht wurde. Ein Teil der Professoren ist dadurch überbelastet. Ein neues Stipendien-system versucht diese Situation dadurch verbessern, dass auch die Forscher der

akademischen Institute im Unterricht teilnehmen werden.

### 1.3. Forschungsthemen

Fünf Forschungsgebiete werden bevorzugt unterstützt:

- Verbesserung der Lebensqualität
- Informations- und Kommunikationstechnologien
- Umweltschutz und Materialwissenschaft
- Agrarwissenschaft und Biotechnologie
- Nationale Erbschaft und die aktuelle gesellschaftliche Fragen

Diese fünf Themen sind mit dem 5. Rahmenprogramm der EU gut vereinbar. Es ist auch damit im Zusammenhang, dass Ungarn sobald wie möglich Mitglied der EU sein möchte.

### 1.4. Internationale Zusammenarbeit

Wenn man die Bewerbungen beim 5. Rahmenprogramm der EU analysiert, kann man feststellen, dass die Lage von Ungarn nicht schlecht ist: aus 700 Bewerbungen ungarischer Forscher waren 129 Bewerbungen erfolgreich. Das entspricht dem europäischen Durchschnitt.

Wenn man die Bewerbungen auf Grund der Forschungsgebiete analysiert, merkt man, dass besonders die life sciences und die Informationstechnologie besonders gut repräsentiert sind, wogegen die Klein- und Mittelgross-unternehmer kaum vertreten sind.

Von den Nachbarländern haben wir vor allem mit Österreich eine bedeutende Kooperation (zum Beispiel CEEPUS), während die Beziehungen mit den anderen Nachbarn wesentlich bescheidener sind. Was die Nicht-Nachbarländer betrifft, die folgende Kontakte sind wichtig: mit den Vereinigten Staaten, mit Deutschland und mit anderen EU-Ländern. Diese Kontakte des Landes sind viel bedeutender als alle andere Kontakte.

Die verschiedenen Austauschprogramme der EU (ERASMUS, TEMPUS) und gerade die Humboldt-Stiftung spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung der internationalen Beziehungen.

### 1.5. Ungarische Forscher im Ausland

Ungarn hat leider eine große Tradition daran, dass seine besten Forscher aus- oder abwandern. Es genügt hier an die zwölf ungarischen Nobelpreisträger erinnert werden, von denen nur ein einziger, Szent-Györgyi den Nobel-Preis in Ungarn erhalten hatte. Er hat aber auch das Land wegen des Kommunismus verlassen. Nach der politischen Wende ist ein Teil der ausgewanderten Wissenschaftler nach Hause gekommen, was das wissenschaftliche Leben bereichert hatte.

Die gegenwärtig im Ausland arbeitende ungarische Wissenschaftler können später auch eine positive Rolle spielen. Momentan spürt man aber eher eine negative Ausstrahlung, weil in einigen Bereichen der Wissenschaften der Nachwuchs fehlt und fehlen wird.

### 1.6. Forschungsfinanzierung

Hier haben wir große Schwierigkeiten. Ungarn hat im Jahre 1997 bloß 0,7 % seiner GDP für die F und E verwendet. Diese Zahl ist sehr niedrig. Viele schon erwähnte Probleme stammen von dieser Situation. In den folgenden Jahren kann man mit einer Verbesserung dieser Lage rechnen.

Im Vergleich mit den ungarischen Löhnen sind die Stipendien, wie auch ein Humboldt-Stipendium, immer noch relativ hoch, auch wenn dieser Unterschied in den 70-er und 80-er Jahren wesentlich höher war.

### 1.7. Wissenschaftlicher Nachwuchs

Die Alterszusammensetzung der ungarischen Forscher zeigt, dass die Generation der 30-49-jährigen Forscher zwischen 1987-1998

zurückgegangen ist. Sie landeten meistens in der unternehmerischer Sphäre, aber nicht in der Forschung. In einigen Bereichen der Wissenschaften ist auch die Studentenzahl zurückgegangen (zum Beispiel Chemie und Physik), welche Situation später die Zahl der Forscher auf dem betreffenden Gebiet reduzieren kann.

## 1.8. Vorschläge

1. Es wäre gut, wenn die Tätigkeit der Alexander von Humboldt-Stiftung weiter verstärkt werden könnte, auch auf dem Gebiet der Nachkontakte, der Geräte- und der Bücher-spenden. In den Ländern der Region sollte man die Altersgrenze etwas elastischer regulieren. Zum Beispiel in Jugoslawien haben viele Forscher wegen des Krieges Jahre verloren.
2. Man sollte unterstützen, dass Gastprofessoren 3-12 Monate lang in den Ländern der Region einen Forschungsaufenthalt evtl. mit Lehrtätigkeit verbringen können. Diese Möglichkeiten wären auch innerhalb der Region sehr nützlich, weil die intraregionale Kontakte zur Zeit keine grosse Bedeutung haben.
3. Mann sollte die neuen Institutionen unterstützen, zum Beispiel die Bay-Institute, das Collegium Budapest usw.
4. Die Unterstützung einer deutschsprachigen Universität, welche regionale Aufgaben hätte.
5. Für die regionale Kontakte bedeuten die Humboldtianer eine gute Basis. Der Humboldt-Verein Ungarn ist bereit die obigen Ideen zu helfen.

## 2. Der Humboldt-Verein Ungarn

Der Verein ist die wissenschaftliche und kulturelle Organisation der Humboldt-Stipendiaten und unterhält Verbindungen zu auf

verschiedenen Fachgebieten arbeitenden Stipendiaten, zur Alexander von Humboldt-Stiftung und zu den Humboldt-Klubs der Welt. Dem Verein gehören gegenwärtig nahezu 320 Mitglieder an.

Der Verein organisiert Treffen, wissenschaftliche Sitzungen und Konferenzen. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der HVU fand 1996 die erste internationale Tagung zum Thema "Die Qualität des Lebens vom Gesundheitswesen bis zum Umweltschutz" in Pécs/Fünfkirchen statt. Die zweite Konferenz ist 2001 zum Thema "Informatik" geplant. Der Verein unterstützt den Besuch von deutschen Forschern in Ungarn, sowie die Gründung und Aktivitäten von örtlichen Humboldt-Klubs. Die Tätigkeit des Präsidenten und des Sekretärs wird von vier stellv. Sekretären geholfen, die in den Universitätsstädten (Budapest, Szeged, Debrecen und Pécs) für die Kontakte verantwortlich sind.

Die Kontaktaufnahme mit ehemaligen ungarischen Humboldt-Stipendiaten erleichtert wesentlich, dass 1996 der Verein den Ungarischen Humboldt-Almanach herausgegeben hat. Der Band war zu seiner Zeit vollständig, die seitdem stattgefundenen Änderungen werden in der zweiten Ausgabe (geplantes Erscheinungsjahr: 2001) berücksichtigt. Der Verein gibt regelmäßig eine eigene Zeitschrift mit dem Namen "Humboldt Nachrichten" heraus. Das letzte, 17. Heft ist im Juni 2000 erschienen, das 18. ist im Druck. Der Inhalt und die Ausführung der Zeitschrift fanden gute internationale Resonanz. Die Redaktion ist bereit, die "Humboldt-Nachrichten" in ein europäisches Journal umzuwandeln. In diesem Fall könnten multidisziplinäre Themen, bearbeitet durch ausgewählten Autoren aus verschiedenen Länder veröffentlicht werden. Dieser Schritt würde die intraregionale Kontakte mit Sicherheit verstärken.



**Ivan Gutman**

## **Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Südosteuropa**

Bevor ich meine Ausführungen beginne, möchte ich darauf hinweisen, daß ich mich mit Naturwissenschaft und Mathematik befaße und daß die Kollegen aus den Geisteswissenschaften vielleicht nicht allem zustimmen werden, was ich sage. Es würde mich freuen, wenn sie mich später ergänzen.

Wir feiern hier das zehnjährige Bestehen des Humboldt-Clubs. Wenn mich jemand fragen würde, was die schlimmsten zehn Jahre meines Lebens waren, wäre die Antwort zweifelsohne: die letzten zehn Jahre. Ich bin sicher, daß auch viele andere Anwesende genauso geantwortet hätten. Dazu zähle ich natürlich nicht die letzten beiden Monate.

Früher, bis zur Mitte der achtziger Jahre, waren die Voraussetzungen für wissenschaftliches Arbeiten relativ gut. Aber wie gesagt nur relativ gut! Unsere Labors verfügten über die notwendigen Chemikalien und Zubehör und auch die erforderlichen Geräte wurden angeschafft. Unsere Bibliotheken wurden mit wissenschaftlichen Zeitschriften versorgt. Wir konnten ins Ausland reisen, um uns fachlich fortzubilden und an wissenschaftlichen Konferenzen teilzunehmen. Dies galt sowohl für

uns Ältere, aber auch für die Jungen. Ausländische Wissenschaftler kamen in unser Land und zahlreiche internationale wissenschaftliche Treffen wurden hier abgehalten.

Dann kam Ende der achtziger Jahre die Katastrophe – der Zerfall des früheren Jugoslawien, Krieg, Blockade, Wirtschaftskollaps. Darüber möchte ich hier nicht sprechen, da ich davon ausgehe, daß das allen bekannt ist. Ich werde auch nicht die Situation in unserer Wissenschaft beschreiben. Statt dessen werde ich zitieren, was Professor Jovan Jovanovic kürzlich darüber geschrieben hat:

“Die Infrastruktur ist noch immer gut, trotz mangelhafter Instandhaltung, deren Folgen sich schnell verbessern lassen. Es gibt insgesamt genug an wissenschaftlichen Kräften - der Anteil von jungen Wissenschaftlern muss aber dringend erhöht werden. Um die Möglichkeiten für die wissenschaftliche Forschung als "sehr gut" beurteilen zu können, fehlen Mittel für Chemikalien, neue Ausrüstung und Ersatzteile und die Aktualisierung von Bibliotheken (meistens Zeitschriften ab 1992, Computer-Verbindung mit Beilstein und Chemical Abstract, neue Bücher)”.

Lassen Sie mich dieses Zitat mit zwei konkreten Beispielen ergänzen:

1. Im Dezember diesen Jahres wird an der Fakultät in Krajuevac eine Doktorarbeit aus Chemie verteidigt. Sie ist gut geschrieben und es gibt keine Probleme bei der Verteidigung. Die Person jedoch, die diese Arbeit verteidigen wird, war noch nie in ihrem Leben in einer wissenschaftlichen Bibliothek.
2. An der Fakultät für Naturwissenschaft in Kragujevac gibt es ein Gerät für kernmagnetische Resonanz. Es kostet ca. 200.000 DM. Für seinen Betrieb wird flüssiges Helium benötigt, das regelmäßig aus dem Ausland importiert wurde. Während des Krieges konnten wir 1999 kein flüssiges Helium einführen und

das Gerät ist kaputt gegangen. Für die erforderliche Reparatur müssten Fachleute aus der Schweiz kommen, deren Leistungen sehr teuer sind. Die Fakultät hat dafür kein Geld und auch das Ministerium gibt uns nicht die erforderlichen Mittel. So ist dieses teure Gerät auch heute noch betriebsunfähig.

Ich bin der Ansicht, daß die Humboldt-Stiftung in solchen Fällen helfen könnte. Die Humboldt-Stiftung könnte bei der Beschaffung einzelner Chemikalien und anderer Verbrauchsmaterialien sowie von Ersatzteilen für Geräte helfen. Denn Spenden teurerer Geräte und die Beschaffung von Zeitschriften, fürchte ich, übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Stiftung.

Meiner Meinung nach muß man in der nächsten Zukunft eine Lösung für die Schaffung von Möglichkeiten suchen, daß unsere Wissenschaftler, insbesondere junge Kollegen, unser wissenschaftlicher Nachwuchs – die Gelegenheit bekommen, in große Labors und Bibliotheken zu gehen, die es in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten gibt, dort einige Zeit zu bleiben und teure wissenschaftliche Instrumente zu nutzen, die wir nicht haben. Etwas von dem, was sie dort lernen und machen, werden sie auch wieder in unser Land zurückbringen.

Es müßte also gerade jungen Kollegen ermöglicht werden, an internationalen wissenschaftlichen Konferenzen teilzunehmen. Sie sollten die Chance bekommen, durch eine solche Teilnahme eine Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Ländern, von verschiedenen Universitäten und Instituten herzustellen.

Sie fragen sich, was das mit der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Südeuropa zu tun hat.

Statt einer Antwort führe ich ein Beispiel an, das zeigt, wie das der DAAD gemacht hat.

An der Technischen Universität in Ilmenau gibt es ein Projekt "Stabilitätspakt Südosteuropa" im Rahmen des DAAD-Sonderprogramms "Akademischer Neuaufbau Südosteuropa". Daran nehmen außer dem Gastgeber auch die Universitäten aus Nis und aus Kragujevac (Jugoslawien), Skopje (Makedonien), Sofia (Bulgarien), Budapest (Ungarn) und Split (Kroatien) teil. Ich möchte etwas mehr über das Teilprojekt 4 sagen, an dem auch ich beteiligt bin. An diesem Projekt wirken Dr. Peter John aus Ilmenau, Prof. Ante Graovac aus Split, ich aus Kragujevac und noch zwei nicht benannte Studenten teil, deren einen ich aus Kragujevac und Graovac den anderen aus Split mitbringen werden. Das Projekt ist genehmigt und dauert von 2000 bis 2003.

Durch dieses Projekt wird es zu einer Zusammenarbeit zwischen jungen Wissenschaftlern aus Kroatien und Serbien kommen und diese wird in Deutschland verwirklicht, wobei der deutsche Partner als "Katalysator" fungiert. Wenn man bedenkt, daß jetzt keine reelle Chance besteht, daß jemand von uns nach Kroatien geht oder jemand aus Kroatien nach Serbien kommt, so sehen wir, daß dieses DAAD-Projekt eine einmalige, effiziente und wirklich realisierbare Möglichkeit für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit in Südosteuropa bietet.

Die Humboldt-Stiftung könnte auf alle Fälle bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Südosteuropa auf ähnliche Art helfen.

Es lassen aber auch direktere Arten der Zusammenarbeit verwirklichen. Hier ist vor allem daran zu denken, daß in einigen Fällen schon früher, vor den Kriegen auf dem Balkan und vor der Blockade Jugoslawiens – eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus den verschiedenen Ländern Südosteuropas bestanden hat. In manchen Fällen wurde die Zusammenarbeit fortgeführt, am häufigsten hat sie jedoch abgenommen oder aufgehört. Solche Arten der Zusammenarbeit müssen gepflegt, erneuert und ausgebaut werden. Humboldtianer

können dabei eine Rolle spielen und vielleicht kann auch die Humboldt-Stiftung selbst helfen, eine solche Zusammenarbeit wieder zu beleben.

Nehmen wir nur mich selbst als Beispiel. Vor dem Zerfall Jugoslawiens habe ich mit Kollegen aus Kroatien und Slowenien zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit haben wir nie ganz abgebrochen und sie war besonders mit den Slowenen fruchtbar. Die Kommunikation erfolgte fast ausschließlich per elektronischer Post und es ist uns trotz aller Schwierigkeiten gelungen, einige wissenschaftliche Arbeiten zu veröffentlichen. Erst kürzlich habe ich die Kollegen in Slowenien besucht, die Kollegen aus Kroatien habe ich noch nicht getroffen.

Da die Absicht und der Wunsch besteht, in Südosteuropa eine viel intensivere wissenschaftliche Zusammenarbeit zu beginnen, müssen meiner Meinung nach vor allem direkte Begegnungen von Wissenschaftlern ähnlicher

Profile ermöglicht und durchgeführt werden. Diese persönlichen Kontakte werden sehr nützlich sein und sie können mit Erfolg sicherlich nicht durch irgendwelche andere Kommunikationsformen ersetzt werden.

Die Lösung ist also einfach: es müssen regionale Treffen von Humboldtianern ähnlicher Fachprofile organisiert werden.

Wenn es mir erlaubt ist, möchte ich noch eine kleine Modifizierung vorschlagen, wobei ich weiß, daß sie sehr teuer ist: Es wäre gut und sehr nützlich, wenn jeder Humboldtianer, der an einer solchen Konferenz teilnimmt, das Recht hätte, 2 – 3 Personen seiner Wahl, Experten aus dem entsprechenden Fachbereich, mitzubringen, die aber nicht unbedingt aus seinem eigenen Land kommen müssen. Auf diese Art und Weise würde sich der Kreis von Personen, die vor allem an der regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa beteiligt sind, immer weiter vergrößern.

# PERSPEKTIVEN DER ZUSAMMENARBEIT IN SÜDOSTEUROPA

Treffen aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung des Humboldt-Clubs  
Serbien

Belgrad, 15-17. Dezember 2000

Goethe-Institut Belgrad, Knez Mihailova 50

## P R O G R A M M

### Freitag, den 15. Dezember 2000

Anreise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Belgrad

### Samstag, den 16. Dezember 2000

09.00 h - Begrüßung

Dr. Djordje S. Kostic, Dr. Gerrit Limberg, Prof. Dr. Holm Sundahaussen

Prof. Dr. Jovan A. Jovanović, Präsident des Humboldt-Clubs Serbien, Belgrad

Dr. Gerrit Limberg, Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg

Dr. Herwig Kempf, Direktor des Goethe-Instituts, Belgrad

Prof. Dr. Slobodan Savic, Belgrad: "Zehn Jahre Humboldt-Club Serbien"

09.45 h - Vortrag

Dr. Djordje S. Kostic, Dr. Gerrit Limberg, Prof. Dr. Holm Sundahaussen

Prof. Dr. Holm Sundhaußen

Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut

10.30 h - Diskussion

11.00 h - Kaffeepause

11.30 h - Vortrag

Prof. Dr. Laslo Sekelj, Prof. Dr. Ljubomir Maksimovic, Dr. Rafael Biermann

Dr. Rafael Biermann

Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn

12.15 h - Diskussion

13.00 h - Mittagspause

16.00 h - Kurzreferate der Vertreter der Humboldt-Clubs aus den Ländern:  
Prof. Dr. Jovan A. Jovanovic

Prof. Dr. Dimo Platikanov	Bulgarien
Dr. Oltea-Daniela Joja	Rumänien
Prof. Dr. János Wölfling	Ungarn
Prof. Dr. Ivan Gutman	Serbien

17.30 h - Kaffeepause

18.00 h - Diskussion über die Perspektiven der Zusammenarbeit in Südosteuropa  
Dr. Djordje S. Kostic, Dr. Gerrit Limberg, Prof. Dr. Jovan A. Jovanovic

19.30 h - Empfang mit Buffet

**Sonntag, den 17. Dezember 2000**

Abreise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Belgrad

Gefördert von  
der Alexander von Humboldt-Stiftung

© 2001 by Humboldt Club Serbien  
Alle Rechte vorbehalten

Textredaktur:  
Susane Vasović-Bohse  
Herstellung:  
Djordje S. Kostić